

"Marktwirtschaft, Rechtsstaat, offene Gesellschaft – das liberale Dreieck"

Rede von

Christian Lindner MdB, Generalsekretär der FDP,

auf dem außerordentlichen Bundesparteitag der FDP am 13. November 2011 in Frankfurt

- stenografische Mitschrift -

I.

„Ich beginne zu glauben, dass die Linke Recht hat" -

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

das hat der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher, neulich geschrieben. Nach einem Jahrzehnt entfesselter Finanzmarktökonomie hätten sich die Werte der bürgerlichen Parteien als fragwürdig herausgestellt. Der Soziologe Jürgen Habermas ist in diese Kritik eingestiegen. Am gestrigen Tag haben achttausend Aktivisten von "Occupy Wall Street" wieder demonstriert.

Eine große Wochenzeitung fragte neulich, ob es nicht modern sei, heute zu erkennen, dass die größte Gefährdung nicht von der Einschränkung der Freiheit ausginge, sondern von der millionenfachen Anwendung der Freiheit. Das ist für uns nicht eine Unterscheidung zwischen modern und unmodern. Wer die Frage stellt, ob Freiheit eine Gefahr ist, der macht eine andere Unterscheidung zum Thema: Nicht zwischen modern und unmodern, sondern zwischen liberal - und autoritär. Das müssen wir den Menschen übersetzen!

Deshalb: Frank Schirrmacher sagt: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke Recht hat!“ Ich glaube das nicht! Ich glaube vielmehr, dass es nicht böse Spekulanten waren, die uns in die Krise geführt haben, sondern falsche politische Entscheidungen und die Überschuldung der Staaten. Ich glaube, dass die linke Kritik nur Trittbrettfahrerin der Krise ist und keinen Beitrag zu ihrer Überwindung leistet. Ich glaube, dass das humanste Prinzip zur Organisation der Gesellschaft immer noch die Verbindung von Freiheit und Verantwortung ist - es muss nur wieder neu durchgesetzt werden!

Deshalb bin ich in der FDP - und Sie auch! Ich engagiere mich nicht in der liberalen

Partei, um die Politik kampflos christlichen Sozialisten, demokratischen Sozialisten, ökologischen Sozialisten oder reinen Sozialisten zu überlassen! Deshalb müssen wir den Rücken gerade machen und für das Prinzip Freiheit eintreten!

Die Idee der Freiheit wird leider zu gering geschätzt. Es ist wie mit der Gesundheit: Wenn man sie hat, dann achtet man nicht sehr auf sie. Erst wenn man sie verloren

hat, weiß man, was ihr Wert war. Deshalb braucht die Freiheit eine Partei mit Tradition und einer liberalen Philosophie. Eine Partei, die sich aber auch um Verständnis für die sich verändernden Lebensbedingungen bemüht. Es kann kein Zweifel bestehen, dass sich die Welt seit den Jahren 2008/2009 verändert hat. Die Magnetfelder der Gesellschaft verändern sich – und deshalb müssen wir auch neu auf unseren politischen Kompass schauen. Dafür führen wir eine Debatte über ein neues Grundsatzprogramm, die ursprünglich auch auf diesem Parteitag eröffnet werden sollte, die wir aber jetzt aus nachvollziehbaren Gründen verschoben haben.

Eines ist klar bei dieser Debatte über ein neues Grundsatzprogramm: Es geht um die neue grundlegende Orientierung der FDP, aber der politische Liberalismus, für den wir stehen, bleibt gebunden an ein Dreieck: ein Dreieck aus Sozialer Marktwirtschaft, aus Rechtsstaatlichkeit und aus dem Einsatz für eine offene Gesellschaft. Die FDP selbst ist nicht im Gleichgewicht, wenn sie sich nicht im gleichen Maße für wirtschaftliche Freiheit, für gesellschaftliche Freiheit und für persönliche Freiheit einsetzt. Das ist die Philosophie der FDP: ein ganzheitlicher Liberalismus, der sich nicht verengen lässt!

In diesem Dreieck, liebe Freundinnen und Freunde, liegen die Schlüsselaufgaben für die FDP in diesen Tagen und in der Zukunft! Das sind die drei Felder, wo unsere Gesellschaft herausgefordert ist und wo Liberale einen Gestaltungsbeitrag leisten müssen. Das erste Feld ist die Reform und die Neudurchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Das zweite Feld ist der Rechtsstaat in Zeiten der Durchdringung unseres Alltags mit digitalen Medien. Der dritte Bereich, das ist die Gewährleistung der Offenheit der Gesellschaft, der Toleranz in unserer Gesellschaft und ich möchte zu den drei Bereichen mit Blick auf die Uhr nur einige wenige Spiegelstriche nennen:

II. Reform des Kapitalismus

Der erste Bereich: Soziale Marktwirtschaft und ihre Neudurchsetzung. Die Menschen spüren – und sie tun es zu Recht – dass das Gleichgewicht von Markt, Mensch und Staat aus der Balance geraten ist. Aber wie ist die Reaktion darauf? Die Wochenzeitung DIE ZEIT fragt in dieser Woche auf dem Titel: „Was ist die Alternative zum Kapitalismus?“. Wir haben bereits vor vierzig Jahren in unseren Freiburger Thesen darauf eine Antwort gefunden. Wir haben vor fast genau vierzig Jahren geschrieben, die Alternative zum Kapitalismus ist nur die Reform des Kapitalismus, weil alle anderen Formen des Zusammenlebens des Menschen in Gesellschaften vor der Geschichte ihr Scheitern dokumentiert haben. Und deshalb geht es darum Markt, Mensch und Staat in ein Gleichgewicht zu bringen. Der Markt dient den Menschen – und der Staat dient beiden.

Die größte Herausforderung dabei ist die Zähmung der internationalen Finanzmärkte. Daran zeigt sich auch, wie tatsächlich politisch gedacht wird.

Diese oder vorvergangene Woche war auf dem Titel des SPIEGELS das Duo Steinbrück und Schmidt. Also ein Altkanzler durchaus mit Verdiensten und ein Vortragsredner mit Nebenverdiensten... aber nur kein Neid, der Mann verkauft sich ja ganz gut.

Das wird auch anerkannt. Man wundert sich manchmal, wie viele Leute sagen: richtiger Mann, aber falsche Partei – wie man das über Helmut Schmidt gesagt hat.

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, müssen wir das Denken, dass diese beiden repräsentieren, offen legen und in die argumentative Auseinandersetzung gehen.

Helmut Schmidt hat einmal gesagt, fünf Prozent Inflation sei besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit. Wer so denkt, der bekommt am Ende beides – Inflation und Arbeitslosigkeit. Wir haben das Anfang der achtziger Jahre nach der Bonner Wende verhindert. Es ist eine Drohung, wenn Schmidt heute über Steinbrück sagt: „Er kann es.“

Aus diesem Grund ist es so wichtig, dass wir klare Position beziehen. Helmut Schmidt und Peer Steinbrück plädieren offen für die Vergemeinschaftung von Schulden in Europa, also für die Eurobonds. Können wir sicher sein, dass Rot-Grün verhindert hätte, dass die europäische Zentralbank noch stärker in die Märkte eingreift? Hätte sich Rot-Grün wie Deutschland jetzt entgegengestellt, wenn es darum geht, dem Rettungsschirm eine eigene Banklizenz zu geben? Dessen können wir uns nicht sicher sein. Von dieser Politik, Vergemeinschaftung der Schulden, der Monetarisierung der Staatsverschuldung geht eine Inflationsgefahr aus. Wir als Liberale wissen aber, die Inflation, das ist eine kalte Enteignung. Nicht auf die großen Einkommen, die können sich vor Inflation schützen, sondern auf die kleinen Einkommen, da greift die Inflation zu. Und deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, ist die Preisstabilität der oberste Wert unserer liberalen Politik. Wir werden nicht zulassen, dass unsichere Kantonisten Zugriff auf die Notenbankpresse bekommen!

Die Herausforderung unserer Politik wird manchmal aus der Entfernung besser beschrieben. Chinesische Leitartikler, so wird berichtet, führen momentan eine Diskussion darüber, wie eigentlich der politische Westen einzuschätzen ist. Da wird in Frage gestellt, dass die Verbindung von Kapitalismus und Demokratie überlegen sei. Es wird gesagt, Kapitalismus, der sei gut für Wohlstand, aber in Verbindung mit Demokratie, das sei schädlich. In den westlichen Staaten hätten sich Politiker auf Pump neue Wohltaten des Staates versprochen, um sich so gewissermaßen Stimmen zu kaufen. Deshalb sei die Verbindung Kapitalismus und Demokratie nicht stabil. Viel besser sei das chinesische Modell eines von einer Einheitspartei gesteuerten Kapitalismus. Das führe in die „harmonische Gesellschaft“.

Dazu hat Helmut Schmidt etwas Bemerkenswertes gesagt. Auf die Frage, was es hieße für die Welt, wenn eines Tages mit China die stärkste Volkswirtschaft keine Demokratie mehr wäre, hat er geantwortet. – wörtliches Zitat: „Das bedeutet für die Welt zunächst gar nichts. Man darf die Bedeutung der Demokratie für die Weltbevölkerung nicht überschätzen. Man darf die Demokratie insgesamt nicht übermäßig idealisieren.“ Das sagt die sozialdemokratische Stimme der Weltökonomie. Das sind kalte, zynische und falsche Urteile! Wir wissen: Es ist eine Frage der Selbstbehauptung des Westens, dass wir unser Gesellschaftsmodell verteidigen.

Diese Bemerkung aus einem Schwellenland ist eine Mahnung für den politischen Westen, für Europa, für Deutschland. Der Staat hat sich tatsächlich in die Abhängigkeit der Finanzmärkte begeben, die er doch eigentlich regulieren sollte. Deshalb ist es heute nicht die Politik, die zuerst über Marktregeln entscheidet, sondern viel zu stark muss auf das Kalkül und die Belastungsgrenze von Marktteilnehmer Rücksicht genommen werden. Die wichtigste liberale Aufgabe der

nächsten Jahre ist es deshalb, den Staat aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte zu befreien, damit er wieder mit Autorität die Finanzmärkte ordnen kann.

Dazu haben wir in unseren Wiesbadener Grundsätzen die Voraussetzungen geschaffen. Wir haben nämlich als erste Partei in Deutschland eine Schuldenbremse im Grundgesetz gefordert. Andere europäische Nationen orientieren sich jetzt an der deutschen Schuldenbremse. Das ist ein großer Erfolg der deutschen Außen- und Europapolitik und wir sehen jetzt gerade beim Regierungswechsel in Italien, dass es durch diese Stabilitätsorientierung endlich zu schmerzhaften Lernprozessen in anderen Eurostaaten kommt. Diesen Weg wollen wir weitergehen im Sinne einer Stabilitätsunion. Nicht Schulden aus Europa nach Deutschland importieren, sondern deutsche Stabilität exportieren in andere Staaten.

Bei der Regelung der Finanzmärkte haben wir Fortschritte erzielt. Und es ist erforderlich, weil die Menschen – gerade auch die Mittelständler – das von uns erwarten. Der Mittelständler sieht sich einerseits von der Bürokratie im Alltag gegängelt, andererseits fühlt er sich schutzlos entfesselten Dynamiken ausgeliefert. Wie beispielsweise bei der Lehman-Pleite, die die deutsche Realwirtschaft massiv getroffen hat. Wer aber auf der einen Seite Bürokratie beklagen muss und auf der anderen Seite das Gefühl hat, dass der Staat die Ordnung nicht richtig gewährleisten kann – dann ist das Ausdruck dafür, dass der Staat nicht die richtigen Prioritäten setzt. Wir kümmern uns zu stark um die Bürokratie in Kleinen und die großen systemischen Fragen werden nicht beantwortet. Und das muss sich verändern im Sinne einer liberalen Ordnungspolitik!

III. Rechtsstaat

Ich will über einen zweiten Bereich sprechen, nämlich über den Rechtsstaat vor der Herausforderung durch die digitalen Medien.

Siegfried Kauder, der Vorsitzende des Rechtsausschusses des deutschen Bundestages, CDU, hat unlängst eine Internetsperre gefordert. Ein Internetverbot bei Bagatelldelikten. Bärbel Höhn von den Grünen hat neulich in einer Fernsehsendung gesagt, ja, sie „schaue“ auch ab und an Internet. Die haben nicht verstanden, was das Internet heute ist. Das Internet ist kein Spielzeug. Das Internet ist eine Infrastruktur. Wenn man heute einem Einzelnen wegen eines Bagatelldelictes ein Internetverbot aussprechen will, dann hat dies die Wirkung einer Art Gefängnisstrafe. Und wer Internet „schaut“, der erkennt, dass das Internet eben kein Medium des Monologs oder des Entertainments ist, sondern des Dialogs. Das sind die Leute, die dafür sorgen, dass eine Partei wie die Piratenpartei, die keine Antworten zu bieten hat, eine Konjunktur erfährt, weil die E-Mail-Ausdrucker – mögen sie auch noch so viele Twitteraccounts haben wie Peter Altmaier – den Menschen nicht das Gefühl geben, dass die neue Lebenswirklichkeit erkannt worden ist.

Deshalb müssen wir als Liberale diesen Wettbewerb aufnehmen. Die Piratenpartei hat doch im Grunde keine Antworten anzubieten. Dennoch wird gelegentlich von einer „liberalen“ Partei gesprochen, so begreifen die sich auch selbst. Wir sollten uns daher ansehen, was die im Einzelnen fordern. Zum Beispiel im Internet die Aufhebung des Urheberrechtsschutzes, das Ende des geistigen Eigentums. Vielleicht gibt es statt des Urheberrechts dann noch so ein allgemeines System von Nutzerentgelten, also eine Internet-GEZ. Das soll liberal sein? Das geistige Eigentum

muss verteidigt werden! Denn die Ergebnisse kommen aus individueller Schaffenskraft! Wer das geistige Eigentum Preis gibt, der wird eine kulturelle Verarmung der Gesellschaft ernten!

Auch ansonsten eine Gratismentalität: Freier öffentlicher Personennahverkehr wird versprochen. Es wird versprochen, dass es für jeden ein garantiertes Grundeinkommen gibt. Strom kommt aus der Steckdose, Hartz IV vom Konto, die Milch aus dem Supermarkt. Das sind die Vorstellungen der Piratenpartei. Ich weiß nicht, ob das links ist, oder ob das „backbord“ ist – ich weiß nur eines: Liberal ist diese Partei nicht und deshalb sollten wir den Wettbewerb mit dieser Partei aufnehmen!

Ich habe neulich im Fernsehen einen Bericht aus Moskau gesehen. Ich konnte es gar nicht glauben: In Moskau können sich Privatleute ein Blaulicht für ihr Auto kaufen und haben dann Vorrangrechte. Wie Polizei, wie Krankenversorger und wie Feuerwehr. Das können wir als Liberale nur mit Kopfschütteln aufnehmen, aber die gleiche Situation könnte in wenigen Jahren schon im Internet drohen. In wenigen Jahren schon könnten sich Menschen mit mehr Geld oder größerer Marktmacht bessere Zugänge auf die neuen Marktplätze in den Online-Medien kaufen. Darum geht es bei dem abstrakt klingenden Ziel der Netzneutralität: Wir wollen, dass die neuen Marktplätze, die neuen Zugänge, da wo Meinungen und wo Produkte entwickelt und ausgetauscht werden, dass sie allen Menschen offen stehen! Wir wollen als Freie Demokraten, dass sich auch im Internet die bessere Idee durchsetzt und nicht die größere Briefftasche oder die größere Marktmacht – und deshalb ist die Frage der Netzneutralität die neue liberale Ordnungsaufgabe im Internet!

Und ich will einen dritten Punkt nennen: die Frage des Datenschutzes und der Datensicherheit. Wir haben in unserer Regierungsbeteiligung durchgesetzt, dass es keine Zensur des Internets gibt. Wir haben das Prinzip „Löschen statt Sperren“ im Regierungshandeln durchgesetzt gegen große Widerstände! Aber das ist nur ein Teilerfolg. Die Privatsphäre muss immer neu verteidigt werden. Wir haben es bei dieser Diskussion um den Staatstrojaner gesehen: Da setzen Sicherheitsbehörden eine Software ein, die bei uns zuhause unsere Rechner infiltriert. Und diese Software ist so lückenhaft, so fehlerhaft: Übertragen auf die Hausdurchsuchung in der analogen Welt würde es bedeuten, dass Beamte zuhause reinkommen, alles durchsuchen, möglicherweise neue Beweise hinterlassen und dann auch noch die Tür offen lassen, damit jedermann sich bedienen kann... Das Bundesverfassungsgericht hat den Kernbereich der Persönlichkeitssphäre unter einen hohen Schutz gestellt. Rechtsstaatlichkeit macht sich daran fest, dass der Staat eben nicht alles darf! Deshalb darf es auch keine Software geben, die mehr kann, als sie darf. Wenn es dann noch rechtlichen Klarstellungsbedarf gibt, die Behörden nicht wissen, was sie tun dürfen, dann muss diese Freie Demokratische Partei die entsprechende Klarheit schaffen. Es geht darum, Privatheit zu verteidigen!

Da setzt der Bundesinnenminister aber die falschen Akzente. Da trifft er die falschen Entscheidungen. Er kümmert sich um den Staatstrojaner. Er sieht vor allen Dingen Bedrohungen. Aber auf der anderen Seite bleibt der Schutz der Privatsphäre von ihm unbearbeitet. Wir haben eine „Stiftung Datenschutz“ gefordert, die im Verhältnis zwischen Bürgern und privaten Anbietern Aufklärung leisten und zur Datensparsamkeit anregen soll. Die auch den Umgang mit unseren Daten durch private Anbieter prüfen und zertifizieren soll. Hans-Peter Friedrich hat jetzt Monate

auf Staatstrojaner und anderes verwendet und die Stiftung „Datenschutz“, die in diesem Jahr kommen sollte, ist nicht auf den Weg gebracht worden, obwohl es dafür Geld gibt. Friedrich setzt die falschen Prioritäten! Wir brauchen keinen Staat, der unsere Privatsphäre gefährdet, sondern einen Staat der unsere Privatsphäre verteidigt – das ist die richtige Prioritätensetzung für uns Liberale!

IV. Offene Gesellschaft

Ich will noch einige wenige Bemerkungen über den dritten Bereich liberaler Programmatik, die offene Gesellschaft, verlieren.

Wir haben als Liberale immer eingestanden für die Deutsche Einheit – und wir haben die Deutsche Einheit in Freiheit vollendet. Aber für heute, für meine Generation und die nächste Zukunft, tut sich eine neue Spaltung Deutschlands auf. Nicht mehr zwischen Ost und West, sondern die neue Spaltung Deutschlands, die uns droht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, auch eine Vertiefung dieser Spaltung, das ist die Trennung zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Wir haben große Integrationsdefizite, an denen wir arbeiten müssen. In unserem Bildungsantrag haben wir konkrete Maßnahmen beschrieben, wie wir dafür sorgen wollen, damit auch Kinder aus Zuwandererfamilien eine faire Chance im Bildungssystem bekommen.

Wir müssen aber ebenso würdigen, dass es in Deutschland viele ungeschriebene Erfolgsbiographien von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gibt. Leistungsbereite junge Menschen, die zu uns gekommen oder hier aufgewachsen und geboren sind, die exzellente Bildungsabschlüsse erzielt haben. Die hochqualifiziert sind, die aber in zunehmendem Maße unser Land verlassen um zum Beispiel ihr zukünftiges Glück in der Türkei zu suchen. Weil für sie das Klima in Deutschland nicht stimmt. Weil sie das Gefühl haben, nicht anerkannt zu sein. Weil Deutschland generell gegenüber Leistungsträgern zurückhaltend im Lob und schnell bei der Hand beim Neid ist. Weil sie das Gefühl haben, dass sie als Person nicht angenommen werden. Gerade wir als Liberale müssen sagen: Wir schauen nicht darauf, woher jemand kommt oder wie er aussieht, sondern was er leistet und wohin er mit uns will. Das ist das liberale Integrationsversprechen: Wir orientieren uns an der Leistung und nicht an der Herkunft. Wir wollen, dass alle Migranten zu Mitbürgern werden können, wenn sie nach unseren Regeln spielen, wenn sie ihren Beitrag leisten. Das ist die zweite Deutsche Einheit, die wir in den nächsten Jahren brauchen!

Zu diesem Klima der offenen Gesellschaft, wo Liberale sich engagieren müssen, gehört noch ein zweiter Umstand, den ich mit einer gewissen Sorge wahrnehme. Sie wissen, in Baden-Württemberg wird jetzt in den nächsten Tagen abgestimmt über Stuttgart 21. Da gibt es einen Volksentscheid, direkte Demokratie. Und vor diesem Hintergrund liest man zum Beispiel im „Schwarzwälder Boten“ vom 3. November 2011: „Die Plakate zur Volksabstimmung hängen gerade mal eine Woche lang, schon ist der Grad der Zerstörung größer, als bei jedem bisherigen Wahlkampf. Der Verein Pro-Stuttgart-21 beklagte am Donnerstag, dass inzwischen der Großteil seiner Plakate zur Volksabstimmung zerstört sei. Selbst schwer entflammbare Kunststoffplakate seien mit Brandbeschleunigern angesteckt worden. Die nur mit einer Leiter erreichbaren Plakate in Bad Cannstadt und im Osten seien zielgerecht

abgehängt und durch Gegnerplakate ersetzt worden. Der Schaden belaufe sich auf fünfzigtausend Euro.“

Hier sollen Andersdenkende mundtot gemacht werden! Einmal darf man auf einem Parteitag der Liberalen auch eine Sozialistin zitieren. Rosa Luxemburg hat gesagt: „Freiheit, das ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“. Demokratie braucht auch eine demokratische Gesinnung!

Dahinter steckt mehr. Dahinter steckt ja eine Haltung: Wie kann es sein, dass in Deutschland Mehrheitsmeinungen nicht akzeptiert werden? Demokratisch-parlamentarische Entscheidungen nicht akzeptiert werden und man sich auf einen größeren Konsens berufen kann, wenn Parlamente entschieden haben? Wie kann es sein, dass einem, wenn man einfache ökonomische Wahrheiten wie $2+2=4$ sagt, sofort moralisch „Neoliberalismus“, also Kältherzigkeit, vorgeworfen wird? Das sind Tendenzen, wo die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden soll! Liberale müssen das benennen und sich entgegenstellen, denn nur die offene Gesellschaft ist auch eine Gesellschaft, die Gemeinwohl schaffen kann!

Und das geht doch bis hinunter in den Alltag! Ich wohne dienstlich in Berlin, in Prenzlauer Berg. Ein Stadtteil in dem die Grünen, glaube ich, 70 oder 80 Prozent bekommen. Wenn ich da samstags mit dem Einkaufswagen im Supermarkt stehe, ist es mir schon mehr als einmal passiert, dass da vor mir jemand steht, der in den Einkaufswagen schaut und sagt „Oh, das ist aber einseitig“ oder „Sie ernähren sich aber nicht sehr ausgewogen“... ja, merken Sie was? Das ist eine gewisse Attitüde einer moralischen Überlegenheit, der Fürsorge. Wenn das da eine Nachbarin ist im Supermarkt – Entschuldigung – da kann ich mich ja darüber hinwegsetzen. Aber das geht so nach und nach auch über in die Politik. Dass man meint, man könnte, man müsste uns gerade aus Fürsorglichkeit unsere Entscheidungen abnehmen. Genau deswegen habe ich einmal verfolgt, was die Grünen in der letzten Zeit gefordert haben:

Plastiktütenverbot, Motorrollerverbot, Glühbirnenverbot, Billigflugverbot, Heizpilzverbot, Rauchverbot, Verbot von nicht energieeffizienten Kühlschränken, Verbot von Handynutzung in Kulturveranstaltungen, Verbot der grünen Gentechnik, Verbot von Stammzellforschung, Verbot von bestimmten Computerspielen, Nachtflugverbot, Verbot der Standby-Funktion bei Elektrogeräten, Alkoholverbot im ÖPNV, Verbot von getrenntgeschlechtlichen Toiletten – ja, auch da kann eine Diskriminierung drohen – Verbot von Süßigkeitenwerbung im Umfeld von Kinderfernsehprogrammen, Solarienverbot für Jugendliche, Fleischverbot an einem Wochentag in Schulen und Kitas, Verbot von Alkoholwerbung, Verbot von Rauchen am Steuer, Schnäppchenverbot, Werbeverbot für Fahrzeuge mit hohem Benzinverbrauch, Verbot von Lichtverschmutzung, Sonntagsfahrverbot, Verbot von verkaufsoffenen Sonntagen – und so weiter, ich könnte das fortsetzen.

Wir wollen nicht, dass aus unserem Land eine staatliche Besserungsanstalt wird. Und deshalb muss man Verbote verbieten.

Das, was da in Wahrheit gewünscht ist, ist doch folgendes: Da soll in unseren Lebensstil eingegriffen werden. Ich will mir nicht vorschreiben lassen, wie ich mich ernähre, was ich kaufe, wie ich meine Freizeit verbringe. Und wissen Sie, wozu diese Tugendhaftigkeit führen kann, hat die Geschichte gelehrt. Bei der französischen

Revolution haben die Menschen für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gemeinsam, Seite an Seite gekämpft. Und dann kam ein ganz besonders tugendhafter, Robespierre. Der hat dann die Tugendhaftigkeit mit der Guillotine durchsetzen wollen. Und deshalb – auch die edelsten Motive können in ihr Gegenteil umschlagen. Wir wissen, der Zweck heiligt nicht die Mittel. Deshalb müssen wir als Liberale Anwälte des Verhältnismäßigkeitsprinzips bleiben!

V. Europa

Viel mehr wäre zu sagen, dafür ist heute kein Raum, wir wollen alle nach Hause. Gestatten Sie mir einen letzten, abschließenden Gedanken dazu, was von uns in den kommenden Wochen und Monaten noch geleistet werden muss, insbesondere unser Mitgliederentscheid zu Europa. Wir haben uns gestern intensiv in einer großartigen Debatte darüber ausgetauscht. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass es hier nicht um Griechenland geht. Hier geht es auch nicht um einzelne Rettungsschirme. Sondern hier geht es um die Architektur des zukünftigen Europas und welche Rolle die FDP dabei spielt. Ein „Nein“ zum ESM und ein „JA“ zum Antrag von Frank Schäffler und anderen, das wird dazu führen, dass die FDP eben keine Gestaltungsrolle mehr beim zukünftigen Europa spielt. Dann überlassen wir denjenigen Europa, die es erst in die Krise geführt haben. Die FDP war immer eine Partei, die nicht zuerst das Populäre gefordert hat, sondern die FDP hat immer das Notwendige populär gemacht.

Das ist der historische Auftrag der FDP: Wir haben gestritten für unsere Ideen. Wir haben sie durchgesetzt im Interesse einer freiheitlichen Zukunft.

Wir wollen die dynamische Gesellschaft – deshalb befähigen wir, statt zu bevormunden. Wir wollen die dynamische Wirtschaft – deshalb wollen wir sie nicht einengen, sondern ordnen. Und wir wollen den freien Bürger: Wir lassen die Bürger in Ruhe, aber nicht im Stich.